

**Handlungsrahmen für die
Einzelbereiche der Politik**

„Handeln für unser Land“


5

- 5.1 Schulpolitik**
- 5.2 Hochschulpolitik**
- 5.3 Forschungspolitik**
- 5.4 Weiterbildung**
- 5.5 Berufliche Bildung**
- 5.6 Medienpolitik**

Bildung und Erziehung

C99-02910

W. Lohmann '80

SPD
NRW '80 

5.1 Schulpolitik

Unsere Grundsätze

Die Schule soll selbständige und selbstbewußte Demokraten erziehen: Bürger mit eigenem Urteil und Sinn für soziale Gerechtigkeit, mit soliden Kenntnissen und Fähigkeiten. Dies läßt sich nur in einer Schule erreichen, die zugleich leistungsfähig und menschlich ist.

Wir Sozialdemokraten haben mit unserer Schulpolitik mehr Chancengleichheit für die Kinder in unserem Lande erreicht. Jetzt kommt es darauf an, vor allem die pädagogische und inhaltliche Reform des Schulwesens fortzusetzen: In Zusammenarbeit von Lehrern, Eltern und Schülern. Eines der wichtigsten Ziele der SPD in den 80er Jahren ist die Gesamtschule als gleichberechtigte Angebotsschule in Nordrhein-Westfalen. Das bedeutet: Wir wollen überall dort Gesamtschulen errichten, wo Eltern ihre Kinder auf Gesamtschulen schicken wollen. Wir werden aber niemanden in eine Gesamtschule zwingen.

Nordrhein-Westfalen ist das einzige Bundesland, das nach wie vor alle Lehrer anstellt. Mit dieser Politik sind wir auf dem Wege zu kleineren Klassen ein großes Stück weitergekommen.

Unsere Leistung

Als Sozialdemokraten 1966 die Regierungsverantwortung übernahmen, war das nordrhein-westfälische Schulwesen rückständig. Seine Kennzeichen waren: Zwergschulen, veraltete Unterrichtsinhalte, übergroße Klassen, starre Dreiteilung in Volksschule, Realschule und höhere Schule. Damals gab es noch nicht: Lernmittelfreiheit, kostenloser Schülertransport, Ausbildungsförderung.

Wir haben mit sehr viel Geld die Schulen unseres Landes ausgebaut und für genügend Lehrer gesorgt. Wir haben es damit jungen Menschen ermöglicht, entsprechend ihrer Begabung weiterzukommen. Wir haben den Unterricht zeitgeber gemacht. Wir haben mit der Gesamtschule eine neue Schulform erprobt, die mehr Schülern mehr Chancen gibt.

Mehr Lehrer unterrichten heute in kleineren Klassen.

Im Durchschnitt hat jede Grundschulklasse heute 10 Schüler weniger als vor zehn Jahren.

Wir haben die Zahl der Lehrer verdoppelt.

1966 gab es 75000 Lehrer
1979 gab es 150000 Lehrer

Mehr Schüler erreichen einen höheren Bildungsstand.

Beispiel: Immer weniger Schüler verlassen die Schule ohne Abschluß. Die Zahl der Schüler mit Fachoberschulreife, Fachhochschulreife oder Abitur ist beträchtlich gestiegen. Die beschlossene Verlängerung der Schulpflicht auf 10 Jahre wird helfen, daß mehr Schüler eine bessere Schulbildung bekommen. Gerade die vermeintlich schwächeren Schüler an unseren Hauptschulen sollen mehr Zeit zum Lernen haben.

Wir haben die Inhalte des Unterrichts modernisiert.

Beispiel: Neue Lernbereiche wie Arbeitslehre, Sexualerziehung, Rechtskunde, Verkehrserziehung, Politik, wurden in der Schule eingeführt. Die Schüler werden damit besser auf das Leben in Familie, Beruf und Gesellschaft vorbereitet.

Wir haben die finanzielle Belastung, die eine gründliche Ausbildung der Kinder für die Eltern mit sich bringt, deutlich verringert.

C 99 - 02914

Beispiel: So sind die Ausgaben des Landes für Lernmittel auf ca. 306 Mio. DM (1979) gestiegen. Unser Land liegt damit nach wie vor an der Spitze aller Bundesländer.

Zehn Jahre lang haben wir die Gesamtschule im Schulversuch erprobt. Nie zuvor ist eine neue Entwicklung im Schulwesen sorgfältiger beobachtet und ausgewertet worden – zuletzt an 30 kommunalen und 2 katholischen Gesamtschulen.

Die Bilanz ist eindeutig: Die Gesamtschule hat sich bewährt. Sie ist die Schule des sozialen Lernens, in der Schulangst abgebaut wird. Einige Leistungsmängel in der anstrengenden Versuchsphase können behoben werden.

Die Zusammenarbeit von Schule und Elternhaus haben wir mit dem Schulmitwirkungsgesetz auf eine bessere Grundlage gestellt und weitergebracht.

Das wollen wir

Wir Sozialdemokraten werden unser schulpolitisches Ziel, den Bürgern unseres Landes ein leistungsfähiges, Chancengleichheit ermöglichendes und humanes Schulwesen anzubieten, auch in Zukunft fortsetzen.

Wir treten für Gesamtschulen als Angebotsschulen ein.

Nach zehn Jahren Gesamtschulversuch ist klar, daß diese Schule in besonderer Weise den Bildungsansprüchen einer demokratischen Gesellschaft entspricht. Daher werden wir in allen Landesteilen mehr Kindern ermöglichen, eine Gesamtschule zu besuchen, entsprechend dem Elternwunsch. Niemand muß sein Kind zur Gesamtschule schicken, denn wir werden die herkömmliche Gliederung des Schulwesens mit Grundschule, Haupt- oder Realschule und Gymnasium nicht abschaffen.

Für einen hohen Bildungsstand aller Schüler

Eine gründliche Allgemeinbildung ist Voraussetzung für Erfolg im Beruf. Sie ist aber auch wichtig für ein erfülltes Leben überhaupt. Jeder soll in unserem Land den Bildungsstand erreichen können, der seinen Neigungen, Fähigkeiten und Leistungen entspricht. Wir sind dagegen, den Zugang zu anspruchsvollen Bildungsgängen zu beschneiden. Wir warnen aber auch vor übertriebenen Prestige- und Einkommenserwartungen aufgrund von mehr Bildung.

Für ortsnahe Schulen

Obwohl die Schülerzahlen zurückgehen, werden wir sicherstellen, daß leistungsfähige Schulen in erreichbarer Nähe vorhanden sind. Wir werden

verhindern, daß ganze Regionen mit ihrem Bildungsangebot auf den Stand der 50er Jahre zurückfallen. Wir sind für kleinere Klassen, für unbürokratische Prüfung, wenn es darum geht, ob eine Schule erhalten werden kann, für mehr 10. Klassen an Hauptschulen und für kleinere Gesamtschulen überall dort, wo Eltern sie wünschen.

Für ein durchlässiges Schulwesen

Mit der Volksschulreform und der Verlängerung der Schulpflicht haben wir dafür gesorgt, daß in den Klassen fünf bis zehn (Sekundarstufe I) jeder Schüler in eine andere, für ihn besser geeignete Schulform überwechseln kann. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern stehen bei uns auch den Hauptschülern alle Wege bis zum Abitur offen.

Mit Vorrang werden wir 10. Klassen an Hauptschulen fördern und so das Recht auf zehnjährigen Schulbesuch nicht nur in den sogenannten „höheren Schulen“ verwirklichen.

Für mehr Chancen in berufsbildenden Schulen.

Die Qualität der beruflichen Bildung wollen wir Sozialdemokraten steigern. Wir treten dafür ein

- daß berufliche Schulen keine „Sackgasse“ sind. Bei entsprechenden Leistungen müssen den Schülern alle Abschlüsse erreichbar sein, bis hin zur Studiumberechtigung,
- daß alle Auszubildenden, die nicht am Blockunterricht teilnehmen, 12 Wochenstunden Berufsschulunterricht an 2 Tagen erhalten,
- daß die Lernbedingungen im Berufsvorbereitungsjahr weiter verbessert werden, damit diese Schüler bessere Chancen haben, einen Ausbildungsplatz zu bekommen,
- daß das vielfältig ausgebaute berufsbildende Schulwesen erhalten bleibt, aber übersichtlich gegliedert wird,
- daß der Kollegsulversuch fortgesetzt und ausgeweitet wird. In diesen Schulen erwirbt man gleichzeitig eine Berufsausbildung und eine Studienberechtigung.

Für eine Schule ohne Scheitern

Wir wollen nicht, daß junge Menschen die Schule in Mutlosigkeit und Resignation verlassen.

Unser Ziel ist, daß jeder mindestens bis zum Hauptschulabschluß gefördert werden kann.

Wir werden

- den Lehrermangel auch in den Schulformen beseitigen, die jetzt noch darunter zu leiden haben,
- bis 1985 das zahlenmäßige Verhältnis Schüler:Lehrer so verbessern, daß Nordrhein-Westfalen, gemessen an den günstigsten Relatio-



nen des Bildungsgesamtplanes, am besten da-
steht.

- die Grundschule so einrichten und verbessern,
daß in ihr Lernen gefördert wird und daß dort
kein Kind mehr sitzenbleiben muß.
- Die praktizierte Gutachtenregelung für das er-
ste und zweite Schuljahr soll auf die folgenden
Schuljahre ausgedehnt werden.
- dafür sorgen, daß ausländische Schüler in
kleineren Gruppen von besser vorbereiteten
Lehrern unterrichtet werden. Damit wollen wir
auch erreichen, daß die gemeinsam lernenden
ausländischen und deutschen Schüler bessere
Bildungschancen haben und sich nicht gegen-
seitig behindern.
- dafür sorgen, daß die Hauptschule mehr Lehrer
hat als die anderen weiterführenden Schulen.
Damit wird die Hauptschule ihrer besonders
schwierigen pädagogischen Aufgabe besser
gerecht.

Für eine bessere Beratung in der Schule

Unsere leistungsfähige und doch humane Schule
bietet vielfältige Bildungswege. Vielfalt kann aber
auch verwirrend wirken.

Wir werden deshalb die Beratung der Eltern und
Schüler über den richtigen Bildungsweg verbes-
sern; wir werden Beratungslehrer ausbilden und
die Zusammenarbeit von Schule und Berufsbera-
tung intensivieren.

Für mehr Freude am Lernen

Auch Lernen muß Spaß machen. Nur so wird die
Bereitschaft zum Lernen über die Schulzeit hin-
auserhalten. Ein darauf ausgerichteter Unterricht
findet seine Ergänzung im Muischen, in Spiel
und Sport.

Lehrpläne sollen nicht alles regeln. Wir wollen,
daß die pädagogische Freiheit der Lehrer ge-
stärkt wird. Der Unterricht sollte den Erfahrungsbereich
der Schüler mehr als bisher berücksichtigen.

Wir Sozialdemokraten treten dafür ein, daß sich
der Unterricht mehr als bisher an der Lebens-
situation der Schüler orientiert.

Für eine gesicherte Zukunft unserer Jugend

Freude am Lernen stellt sich nicht ein, wenn der
Leistungsdruck in Schule und Elternhaus zu groß
wird. Aus Sorge um ihre Kinder und deren gesi-
cherte Zukunft - Ausbildungsplätze sind knapp -
verlangen viele Eltern von ihren Kindern mehr, als
diese zu leisten vermögen.

Wir Sozialdemokraten treten daher mit Nach-
druck dafür ein, daß allen Jugendlichen ein Aus-

bildungsplatz, nach Möglichkeit ein Ausbil-
dungsplatz ihrer Wahl, angeboten wird.

Dadurch werden sich nicht nur die beruflichen
Perspektiven verbessern. Die Schule wird das
Maß an Gelassenheit wiedergewinnen, das sie für
eine erfolgreiche pädagogische Arbeit benötigt.

Hochschulpolitik 5.2

Unsere Grundsätze

Nordrhein-Westfalen ist von einem hochschularmen zu einem hochschulreichen Bundesland geworden. In allen Teilen des Landes ist ein qualifiziertes Angebot an Studienplätzen vorhanden.

Sozialdemokratischer Hochschulpolitik ist es gelungen, mehr Arbeiterkindern den Zugang zur Hochschule zu ermöglichen, Zulassungsbeschränkungen abzubauen und die Studienzuschancen der geburtenstarken Jahrgänge zu sichern. Die SPD wendet sich gegen die falsche Verquickung von Regelstudienzeit und Zwangsexmatrikulation.

Die Reform von Lehre und Studium bleibt noch auf Jahre hinaus vordringlichste Aufgabe der Hochschulen. Die Studiengänge sind näher an der beruflichen Praxis auszurichten.

Wir Sozialdemokraten halten an unserem hochschulpolitischen Ziel der integrierten Gesamthochschule fest. Wir sehen nach wie vor in diesem fortschrittlichen Hochschulkonzept die besten Voraussetzungen für eine inhaltliche Studienreform.

Unsere Leistung

14 Jahre sozialdemokratischer Regierungsverantwortung haben die Hochschullandschaft an Rhein und Ruhr wesentlich verändert. Während 1966/67 rund 100 000 Studenten an den Hochschulen des Landes studierten, sind es 1979/80 weit mehr als 300 000. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Beschäftigten an den Hochschulen von 22 500 auf knapp 52 000. Diese Zuwächse liegen erheblich über dem Bundesdurchschnitt. Sie

haben auch das Forschungspotential unseres Landes entscheidend erweitert.

Darüber hinaus hat das Land die Neuorganisation des Hochschulbereichs mit dem Ziel der Studienreform in die Wege geleitet. Die ersten Schritte waren das Fachhochschulgesetz von 1969 und das Fachhochschulerrichtungsgesetz von 1971. So konnten zum 1. August 1971 insgesamt 15 Fachhochschulen errichtet werden, die 105 Ingenieurschulen und sonstige Höhere Fachschulen in den Hochschulbereichen einbezogen.

Die 1972 gegründeten fünf Gesamthochschulen in Duisburg, Essen, Paderborn, Siegen und Wuppertal haben das Angebot an Studienplätzen erweitert. Sie haben Studienmöglichkeiten auch dort geschaffen, wo es sie bisher nicht gab: in bildungs- und hochschulfernen Regionen des Landes.

Gesamthochschulen gewährleisten mehr soziale Chancengleichheit. Seit Mitte der 60er Jahre, als der Anteil der Arbeiterkinder unter den Studenten im Lande nur 7 % betrug, ist es gelungen, mehr Arbeiterkindern den Zugang zur Hochschule zu ermöglichen. Aber während der Anteil der Studenten, deren Eltern Arbeitnehmer sind, an den traditionellen Universitäten 15 % ausmacht, ist er an den Gesamthochschulen bereits auf knapp 26 % angestiegen.

Der sozialen Öffnung des Hochschulbereichs und der wissenschaftlichen Weiterbildung dient die 1974 gegründete Fernuniversität – Gesamthochschule – in Hagen.

Sie ermöglicht ein Studium auch denen, die wegen ihrer beruflichen Verpflichtungen, ihres Wohnortes oder wegen ihrer persönlichen Verhältnisse von einem „normalen“ Hochschulstudium ausgeschlossen waren und sind. Heute studieren dort bereits 22 000 Studenten.

Bis 1980 sollen insgesamt 37 000 Wohnraumplätze für Studenten fertiggestellt sein. Nordrhein-Westfalen wird mit den noch in der Planung befindlichen Vorhaben für jeden fünften Studenten einen Wohnraumplatz haben und liegt damit über dem angestrebten Bundesdurchschnitt.

Nordrhein-Westfalen hat als erstes Bundesland mit seinem „Notzugschlagsprogramm auf Zeit“ mehr Studienplätze geschaffen. Die Zahl der Studiengänge, die dem bundesweiten Auswahlverfahren nach Abiturdurchschnittsnote und Wartezeit unterlagen, ist in den letzten Jahren ständig verringert worden. Heute bestehen nur noch für knapp 15% des Studienplatzangebotes Zulassungsbeschränkungen, während gut 85% der Studienbewerber die Garantie auf einen Studienplatz haben.

1979 wurde mit einem umfassenden Gesetzgebungsprogramm der Hochschulbereich strukturell gefestigt und rechtlich abgesichert. Der zentrale Grundsatz sozialdemokratischer Hochschulpolitik ist für alle Hochschulen gesetzlich verankert: die Mitbestimmung aller Mitgliedergruppen.

Das wollen wir

Für uns Sozialdemokraten bleibt die Reform von Lehre und Studium noch auf Jahre hinaus vorrangige Aufgabe der Hochschulen. Die Studiengänge sind näher an der beruflichen Praxis auszurichten. Studienreform soll nicht durch Zwang oder administrative Entscheidung verordnet werden. Wenn die Universitäten und Fachhochschulen in der Region gemeinsam ihr Studienangebot reformieren und neue, inhaltlich differenzierte und aufeinander bezogene Studiengänge entwickeln, die zu mehr Chancengleichheit führen, ist es weniger bedeutsam, ob sie künftig in einer integrierten Gesamthochschule zusammengehen oder selbständig bleiben wollen. Das Ziel ist festgelegt, der Weg bleibt offen. Aber wenn die Hochschulen diese Chance vertun, ist der Gesetzgeber wieder gefordert.

Über lange Zeit war die Erstausbildung der Studenten oberstes Ziel. Jetzt muß die zusätzliche wissenschaftliche Weiterbildung zügig angegangen werden. Chancengleichheit ist kein Privileg der jüngeren Generation, sie gilt ebenso für die Älteren und sie gilt für die Generationen. Wir Sozialdemokraten wollen das Fernstudium als Weiterbildungsmöglichkeit mit vollgültigen Abschlüssen auch für Bürger anbieten, die keine formale Hochschulzugangsberechtigung besitzen.

Unsere Lebensgrundlagen werden von der Wissenschaft maßgeblich beeinflußt und durch sie nachhaltig verändert. Die wissenschaftlich-technische Welt ist zunehmend abhängig von der Forschung und ihrer Umsetzung in die Praxis.

Vor allem kann Wissenschaft unsere individuellen, ökonomischen und gesellschaftlichen Lebensgrundlagen verbessern helfen. Die Hochschulen müssen sich deshalb verstärkt für die Gesellschaft und zur Gesellschaft hin öffnen.

Das Forschungspotential und das technische Know-how der Hochschulen ist für praxisnahe Belange vor Ort einzusetzen.

Technologie-Transfer, regional- und infrastrukturbezogene Forschungsplanung sowie die Kooperation mit Wirtschaft, Verwaltung, Gewerkschaften und Sozialverbänden in der Region sind zu verstärken.

Mitte der 80er Jahre kommen die bisher geburtenstärksten Jahrgänge in die Hochschule. Auch bei Spitzenbelastungen sind Abstriche bei der sozialen Sicherung der Studenten unzulässig. Die Mittel für die Ausbildungsförderung sind dem wachsenden Bedarf entsprechend zu erhöhen.

Unsere Grundsätze

Die wissenschaftlich-technische Welt und damit die Arbeitswelt sind zunehmend abhängig von der Forschung und der Umsetzung der Forschungsergebnisse in die Praxis.

Wissenschaft und Forschung können die individuellen, ökonomischen und gesellschaftlichen Lebensgrundlagen verbessern helfen.

Wir Sozialdemokraten treten dafür ein, daß die Hochschulen sich noch bewußter als Ort der systematischen Erforschung, wissenschaftlichen Diskussionen und rationalen Auseinandersetzung über heutige und zukünftige Probleme verstehen. Die SPD will die Grundlagenforschung ausbauen, die Bildung von Schwerpunkten in der Hochschulforschung gezielt fördern und die Zusammenarbeit zwischen der Forschung in den Hochschulen und Einrichtungen außerhalb der Hochschulen vorantreiben. Die SPD wird sich dafür einsetzen, daß Technologietransfer, regional- und infrastrukturbezogene Forschungsplanung sowie Kooperation mit Wirtschaft, Verwaltung, Gewerkschaften und Verbänden in der Region verstärkt werden.

Unsere Leistung

Um neue Ansätze für eine gezielte Forschungspolitik zu gewinnen, Verbesserungsmöglichkeiten zu finden und Forschungslücken festzustellen, hat Nordrhein-Westfalen als erstes Bundesland umfangreiche Erhebungen über die Forschung an den Hochschulen angestellt und veröffentlicht.

Diese „Bestandsaufnahme Forschung“ wird mit einem Bericht zur Situation und Entwicklung der

Forschung in Nordrhein-Westfalen fortgesetzt. Bestandsaufnahme und Bericht zeigen eindrucksvoll, daß trotz aller Anspannungen in Lehre und Studium an den Hochschulen des Landes außerordentlich intensiv geforscht wird.

Die mit dem Hochschulausbau verbundene breite Förderung der Forschung hat die Leistungsfähigkeit der Hochschulen gesichert. Die Hochschulen konnten ihr Forschungspotential immer mehr entfalten und international beachtliche Ergebnisse erzielen.

In den außeruniversitären Forschungsinstituten und Großforschungsanlagen ist die Forschungsarbeit ebenfalls erheblich verstärkt worden. Diese Institutionen beschäftigen sich mit wichtigen langfristigen Forschungsprojekten wie Energieversorgung, medizinische Vorhaben, Humanforschung, Lebenswissenschaften und sozialen Folgen technischen Wandels: sie prägen wesentlich die Forschungslandschaft an Rhein und Ruhr und sind aus ihr nicht mehr wegzudenken.

Vor allem ist es gelungen, die Hochschulforschung mehr als bisher für die Probleme ihres regionalen und kommunalen Umfeldes zu interessieren. Hier haben die neugegründeten Hochschulen und die Gesamthochschulen aktuelle Fragen aufgegriffen und neue Wege beschritten. Eine besonders erfreuliche Bilanz läßt sich bereits für das Ruhrgebiet ziehen:

- Maßnahmen zur Eisen- und Stahlforschung
- Forschungszentrum für Schwerölgewinnung
- Umweltforschung
- Förderungsschwerpunkt Mikro- und Meßelektronik in Dortmund und Duisburg
- Forschungsstelle „Lehrer für Ausländerkinder“ in Essen
- Ansiedlung von Forschungsinstituten und Förderung weiterer Forschungsprojekte im Ruhrgebiet

- Modellversuch „Innovationsförderungs- und Technologietransfer-Zentrum der Hochschulen des Ruhrgebiets“ in Bochum
- Hänge-Bahn-Projekt an der Universität Dortmund

Das wollen wir

Investitionen in Wissenschaft, Forschung und Technologie sind eine der wesentlichen Grundlagen für die Sicherung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Existenz und für die weitere Entwicklung des Landes. Nordrhein-Westfalen steht dabei in einer bundes-, europa-, ja weltweiten „Innovationskonkurrenz“. Forschungspolitik in Nordrhein-Westfalen muß daher das Forschungspotential des ganzen Landes noch stärker auf die zentralen Aufgaben an Rhein und Ruhr aufmerksam machen, dafür vorbereiten und unterstützen. Dies gilt in gleicher Weise für die strukturpolitische und wirtschaftswissenschaftliche Forschung, für technologische Entwicklung und sozialwissenschaftlichen Praxisbezug.

Wir Sozialdemokraten wollen deshalb

- das Potential für die Grundlagenforschung verstärken und ausbauen
- die Zusammenarbeit zwischen der Forschung in den Hochschulen, in den Forschungseinrichtungen und -anlagen außerhalb der Hochschulen und in den privat-wirtschaftlichen Institutionen fördern
- insgesamt die Forschungsinfrastruktur verbessern und
- die Kooperation von Forschung und Praxis weiter entwickeln.

Nach den Technologieprogrammen „Energie“ und „Wirtschaft“ muß jetzt ein Programm zur Förderung von Schwerpunkten in der Hochschulforschung kommen. Dabei ist der wissenschaftliche Nachwuchs gerade auch aus den geburtenstarken Jahrgängen zu fördern. Mit zusätzlichem Personal und mehr Geld sollen die Hochschulen Möglichkeiten erhalten, gezielte Initiativen zu ergreifen und auf wichtigen Gebieten besondere Forschungsanstrengungen zu unternehmen: Energie und Rohstoffe. Produktions- und Fertigungstechnik, Umwelt-, Landschafts- und Naturschutz, Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen, die soziale Verträglichkeit von Energietechniken und Großtechnologien, die gesellschaftlichen Wirkungen und Risiken neuer Medientechniken, Humanisierung des Arbeitsplatzes, Stadtentwicklung und Wohnumfeld, Probleme des Nord-Süd-Dialogs.

Forschung muß sich auch stärker neuer gesellschaftlicher Brennpunkte annehmen: Minderheiten und soziale Randgruppen, die Lebenssituation der Schwachen, Langsamem, Behinderten, physisch und psychisch Kranken, die ausländischen und die älteren Mitbürger, aber auch die soziale Integration der jungen Generation, Frauen und Mädchen, Kulturpessimismus und alternative Lebensformen, Gewalt und Aggression in der Industriegesellschaft, Drogenabhängigkeit und Realitätsverlust, Freizeit und Kommunikation, Schutz der Individualsphäre und bürger-nahe Verwaltung.

Das Forschungspotential und das technische Know-how der Hochschulen ist für praxisnahe Belange vor Ort einzusetzen. Technologie-Transfer, regional- und infrastrukturbezogene Forschungsplanung sowie die Kooperation mit Wirtschaft, Verwaltung, Gewerkschaften und Sozialverbänden in der Region sind zu verstärken. Das gilt nicht nur, aber besonders, für das Ruhrgebiet.

Weiterbildung 5.4

Unsere Grundsätze

Kenntnisse und Fertigkeiten, die in der Schule und während der Berufsausbildung erworben werden, reichen im späteren Leben nicht aus. „Lebenslanges Lernen“ ist mehr denn je notwendig, um den Arbeitsplatz zu sichern, die Berufsqualifikation zu steigern oder zusätzliche Qualifikationen zu erwerben.

Wir Sozialdemokraten wollen die Weiterbildung neben Schule, beruflicher Bildung und Hochschule zur vierten Säule im Bildungsbereich ausbauen. Mit dem als vorbildlich in Deutschland anerkannten Weiterbildungsgesetz hat die SPD die Voraussetzungen für ein breites und qualifiziertes Angebot durch öffentliche und andere Träger geschaffen. Für uns ist Weiterbildung aber auch politische Bildung, weil sie die Fähigkeit vermittelt, die Grundrechte wahrzunehmen und die Interessen gerade auch am Arbeitsplatz durchzusetzen. Weiterbildung hilft zur Persönlichkeitsentfaltung und Selbstverwirklichung.

Weiterbildung hat unterschiedliche Aufgaben: Das Nachholen von Schulabschlüssen, berufliche Weiterbildung zur Sicherung des Arbeitsplatzes und Anpassung an neue berufliche Anforderungen, wissenschaftliche Weiterbildung (unter Beteiligung der Hochschulen), kulturelle Weiterbildung zur Entfaltung der Persönlichkeit und Teilnahme an kulturellen Angeboten, Weiterbildung zum Erlernen von Fremdsprachen, Eltern- und Familienbildung, sportliche und gesundheitliche Weiterbildung, politische Weiterbildung.

Unsere Leistung

Seit 1975 ist die Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen zu einem leistungsfähigen Bildungsbereich ausgebaut worden. Der bildungspolitische Erfolg des „Ersten Gesetzes zur Ordnung und Förderung der Weiterbildung“ ist gegenüber anderen Bundesländern und auch im europäischen Vergleich beispielhaft:

- über 400 Weiterbildungseinrichtungen bieten jährlich ca. über 4,5 Millionen Unterrichtsstunden und 1,5 Millionen Teilnehmertage an. Das ist eine Verdoppelung seit 1975.
- 140 Volkshochschulen halten ein vielfältiges und flächendeckendes Weiterbildungsangebot für den Bürger in zumutbarer Entfernung bereit.
- Von dem Weiterbildungsangebot machen jährlich fast 6 Millionen nordrhein-westfälische Bürger Gebrauch, doppelt so viele wie 1975.
- Das Land Nordrhein-Westfalen erhöhte die Landeszuschüsse für Weiterbildung in fünf Jahren von 37 Millionen DM auf ca. 230 Millionen DM. Das sind mehr als 13 DM je Einwohner. Die anderen Flächenländer zahlen meist nur 2 DM pro Einwohner.
- Die Zahl der hauptberuflichen pädagogischen Mitarbeiter wurde in fünf Jahren vervielfacht.
- Die fachliche Förderung der Weiterbildung wurde durch die Errichtung eines Landesinstituts für Weiterbildung und durch zahlreiche Modellprogramme verbessert.
- Prüfungen in der Weiterbildung, z. B. Hauptschul- und Fachoberschulabschluß, werden auf der Grundlage des Weiterbildungsgesetzes als gleichwertig mit Schulabschlüssen anerkannt.



Das wollen wir

Wir Sozialdemokraten wollen, daß die dynamische Entwicklung der Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen weitergeht. Die ersten fünf Jahre Weiterbildungsgesetz haben die Grundlagen dazu geschaffen.

Die inhaltliche und methodische Vielfalt der Weiterbildung muß erhalten werden.

Weiterbildung soll alle Bevölkerungsgruppen erreichen. Die Weiterbildungseinrichtungen müssen deshalb insbesondere ihre Zielgruppenarbeit und die Weiterbildungsberatung ausbauen,

- für im Bildungswesen noch immer benachteiligte Berufsgruppen (z. B. Arbeiter, „kleine“ Angestellte, Arbeitslose),
- für Ältere und Behinderte,
- für ausländische Mitbürger.

Deshalb sollen die Weiterbildungseinrichtungen ihr Angebot an Tageskursen erhöhen. Die regelmäßige Freistellung von der Arbeit soll durch ein Bildungsurlaubsgesetz garantiert werden, das einen Rechtsanspruch auf jährlich mindestens fünf Tage Freistellung für Arbeitnehmer sichert.

Gerade für die Weiterbildung von Erwachsenen ist der Einsatz moderner Unterrichtsmedien notwendig. Diesen Einsatz soll das Land fördern. Hierzu gibt es vielfältige Vorarbeiten.

Das im Weiterbildungsgesetz vorgesehene „Baukastensystem“ muß rasch verwirklicht werden. Es ermöglicht dem Lernenden, einen Abschluß in Teilschritten zu erwerben, deren Tempo er selbst bestimmt. Dieses „Baukastensystem“ soll Lehrgänge und Abschlüsse des zweiten Bildungsweges, aber auch der beruflichen Weiterbildung und Teile von wissenschaftlichen Studiengängen der Hochschulen umfassen.

Weiterbildung geschieht nicht nur in Form systematisch organisierter Lehrgänge, sondern auch in offenen Arbeitsformen: kulturelle Veranstaltungen, Freizeitaktionen, Projektgruppen, Ausstellungen, Werkstätten der Gestaltung, offene Gruppenarbeit (Treffpunkt). Weiterbildungseinrichtungen sollen auch diese Arbeitsformen fördern und dabei mit anderen Kultur- und Freizeiteinrichtungen zusammenarbeiten. Das Land soll dafür fachliche Hilfen geben und Modellprogramme fördern.

Immer mehr Menschen wollen sich weiterbilden. Die Angebote reichen oft nicht aus. Die rasche Entwicklung macht eine verstärkte Förderung der pädagogischen und organisatorischen Qualität der Weiterbildung dringend notwendig. Hierbei

sind Dienstleistungen der Hochschulen und insbesondere der Fernuniversität wie auch des Landesinstitutes für Weiterbildung zu nutzen. Neben der besseren Ausbildung des Personals gilt es, Methoden und Modelle zur Nutzung von Medien und anderen didaktischen Hilfen zu entwickeln.

Unsere
Grundsätze

Berufliche Bildung

5.5

Unsere Grundsätze

Die Lebenschancen der Arbeitnehmer hängen entscheidend von ihrem Ausbildungsstand und von ihrer Qualifikation ab. Nur eine qualifizierte und breit angelegte Berufsausbildung gewährleistet, daß junge Menschen die Anforderungen einer komplizierter werdenden Arbeitswelt erfüllen können.

Wir Sozialdemokraten haben im allgemeinbildenden Schulsystem wesentliche Verbesserungen durchgesetzt. Nun geht es in erster Linie darum, die Qualität der beruflichen Ausbildung zu erhöhen. In einer guten beruflichen Bildung sehen wir Sozialdemokraten einen wichtigen Beitrag dafür, daß das Beschäftigungsrisiko der jungen Generation verringert wird, daß also die Chancen, einen guten Arbeitsplatz zu bekommen, sich wesentlich erhöhen. Das zeigen die Erfahrungen mit den vorbildlichen Programmen der sozialdemokratisch geführten Landesregierung in Nordrhein-Westfalen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

Unsere Leistung

Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge konnte 1978 gegenüber 1977 in unserem Land um 8,4% gesteigert werden.

Die folgenden Entwicklungsschritte belegen die Leistungen des Landes:

- Die Zahl der besetzten Lehrerstellen an den beruflichen Schulen stieg von 16037 im Schuljahr 1975/76 auf 17964 im Schuljahr 1978/79. Das entspricht einer Zunahme von 12,3%.

- Mit einem Zuschußprogramm des Landes wurden in den vergangenen vier Jahren die Schulträger mit 40 Mio. DM zur Verbesserung der sachlichen Voraussetzungen für den Unterricht in den beruflichen Schulen unterstützt. Darin sind Mittel des 400-Mio.-DM-Programms des Bundes enthalten.
- Für die Berufsschule wurde 1975 der Blockunterricht eingeführt. Bisher haben 17,2% der Berufsschulklassen Blockunterricht. Damit wird eine bessere Koordinierung des Unterrichts mit der überbetrieblichen Unterweisung ermöglicht.
- Der Teilzeitunterricht wurde von durchschnittlich 7,7 Unterrichtsstunden/Woche im Schuljahr 1975/76 auf durchschnittlich 9,1 Unterrichtsstunden/Woche im Jahr 1978/79 erweitert. Er entspricht jetzt dem gesetzlichen Rahmen, der 9 bis 12 Wochenstunden vorsieht.
- Um einen fachgerechten Berufsschulunterricht für Berufe mit nur wenigen Auszubildenden zu ermöglichen, wurde 1978/79 die erste von vier Berufsschulen mit Landesfachklassen errichtet.
- Das Berufsvorbereitungsjahr wurde nach mehrjährigen Schulversuchen im Schuljahr 1976/77 allgemein eingeführt. 1976/77 besuchten es 11366, im Schuljahr 1978/79 25609 Schüler. Mit Hilfe des Berufsvorbereitungsjahres konnten die Chancen der jugendlichen Arbeitslosen auf dem Ausbildungsstellen- und Arbeitsmarkt erheblich verbessert werden.
- Die Forderung nach einer nicht nur auf einen Beruf bezogenen Grundausbildung wurde durch die Einrichtung des Berufsgrundschuljahres erfüllt, das auf die berufliche Fachbildung angerechnet wird, 1975/76 besuchten 6416 Schüler, 1978/79 8485 Schüler das Berufsgrundschuljahr.
- Der Bereich der Berufsfachschulen ist erheblich ausgebaut worden, von 85068 Schülern 1975/76 auf 103879 Schüler 1978/79. Die Schüler erhalten in der Berufsfachschule eine

anrechenbare Berufsgrundbildung mit dem Abschluß der Fachoberschulreife und damit die Möglichkeit, weiterführende Schulen zu besuchen.

- Durch die Einrichtung von Berufsfachschulen für technische Assistenten konnten 1978/79 ca. 1700 Jugendliche einen qualifizierten Ausbildungsplatz finden.
- Der Kollegsulversuch zur Integration der allgemeinen und beruflichen Bildung wurde ausgebaut.

Das wollen wir

Das duale System der Berufsbildung, also die Ausbildung im Betrieb mit begleitendem Berufsschulunterricht, hat sich im Grundsatz bewährt und ist ein wichtiger Bestandteil des beruflichen Bildungssystems. Dabei müssen jedoch die Lernorte Betrieb und Schule in der Zukunft gleichwertig werden.

Die Abstimmung der Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrpläne für den Berufsschulunterricht ist zügig weiterzuführen. Damit soll die Berufsausbildung an veränderte berufliche Anforderungen angepaßt werden.

Es sollen Ausbildungsgänge in außerbetrieblichen Ausbildungsstätten erprobt werden. Sie können das Angebot an Ausbildungsplätzen in einer Region verbessern.

Mit einem regionalen Strukturprogramm soll ein ausreichendes zukunftsorientiertes Ausbildungsplatzangebot gesichert werden. Damit ist es möglich, die regionalen Unterschiede in der Versorgung mit Ausbildungsplätzen zu verbessern und Jugendarbeitslosigkeit zu vermeiden.

Diesem Ziel dient auch eine Verbesserung der Berufsbildungsstatistik. Sie hilft, durch schnellere und bessere Erfassung des Ausbildungsplatzangebotes die Jugendlichen fundiert und schnell zu beraten.

Für lernschwächere Jugendliche sind spezielle berufliche Ausbildungsmöglichkeiten im Rahmen anerkannter Ausbildungsberufe zu schaffen. Unter den bisherigen Bedingungen werden gerade diese Jugendlichen benachteiligt.

Der Abschluß der Berufsschule soll als Teil der beruflichen Abschlußprüfung anerkannt werden. Dadurch wird die Arbeit der Berufsschule aufgewertet und gleichzeitig das duale Berufsbildungssystem verwirklicht.

Die Regelung der betrieblichen Berufsausbildung ist eine Angelegenheit des Bundes. Aufgabe des Landes wird es sein, sich mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln beim Bund für die Verwirklichung dieser Aufgaben einzusetzen.

Wir Sozialdemokraten werden uns in unserem Land insbesondere für folgende Ziele einsetzen:

- Der Teilzeitberufsschulunterricht soll auf in der Regel 12 Wochenstunden ausgedehnt werden. Dann kann auch der theoretische Teil der Berufsausbildung verbessert werden.
- Der Blockunterricht muß vordringlich in Berufen mit überbetrieblicher Unterweisung ausgebaut werden. Dadurch wird die Abstimmung von betrieblicher und überbetrieblicher Ausbildung mit dem Berufsschulunterricht verbessert.
- Das Berufsgrundjahr in schulischer Form soll weiter ausgebaut werden, um für möglichst viele Jugendliche eine breite Berufsgrundbildung zu sichern.
- Weitere Fördermaßnahmen im Bereich der beruflichen Bildung sind für Behinderte und für jugendliche Ausländer erforderlich. Dadurch sollen diese bisher benachteiligten Gruppen die Chance erhalten, sich in das soziale und berufliche Leben eingliedern zu können.
- Die Berufsfachschulen sind neu zu ordnen. Gleichzeitig sollen sie in Abstimmung mit den Beteiligten in bestimmten Fachrichtungen und Regionen als Stätten schulischer Berufsausbildung ausgebaut werden. Damit können verbliebene oder entstehende Lücken im Ausbildungsplatzangebot geschlossen werden.
- Die Lehrpläne für alle beruflichen Schulen sind zu überprüfen und, wenn nötig, zu überarbeiten oder neu zu fassen. Damit soll die Qualität der Berufsausbildung gesichert werden.
- Die Schüler-Lehrerstellen-Relationen sollen weiter schrittweise gesenkt werden, um einerseits die Klassenfrequenzen in den beruflichen Schulen zu senken, andererseits aber auch Differenzierungen zu ermöglichen.
- Da in den nächsten Jahren in zunehmendem Umfang Jugendliche mit höheren allgemeinen Abschlüssen in die beruflichen Schulen kommen werden, sind die Bildungsgänge diesen Anforderungen anzupassen.
- Das Berufsvorbereitungsjahr soll neu geordnet werden. Es muß künftig eine Schwerpunktbildung zulassen. Gleichzeitig sollen durch Fortbildungsmaßnahmen die Lehrer eine sonderpädagogische Zusatzqualifikation erhalten.
- Die Schulversuche mit doppeltqualifizierenden Bildungsgängen (Kollegschule) sollen fortgesetzt werden. Dadurch werden die Zukunftschancen der Jugendlichen erheblich erweitert.

Unsere Grundsätze

Die Sicherung freier Information und Meinungsbildung ist Voraussetzung für eine lebendige Demokratie. Nur der gut informierte Bürger kann mitdenken, mitbestimmen und kontrollieren.

Wir Sozialdemokraten treten nachdrücklich für ein vielfältiges Meinungs- und Informationsangebot durch die unabhängigen Medien ein. Wir streiten für die Erhaltung des bestehenden öffentlich-rechtlichen Rundfunks und Fernsehens. Wir wollen keine kommerziellen Sender, sondern eine Kontrolle durch die gesellschaftlichen Kräfte.

Neue Technologien können das Informations- und Kommunikationswesen und damit die gesellschaftlichen Voraussetzungen unserer Demokratie verändern. Vor ihrer Einführung müssen diese neuen Informations- und Kommunikationssysteme gründlich erprobt werden. Die SPD wird dafür sorgen, daß die in Nordrhein-Westfalen stattfindenden Versuche mit Bildschirmtext und Kabelfernsehen wissenschaftlich begleitet und dabei vor allem die Auswirkungen auf Familie und Gesellschaft untersucht werden. In der Erprobungsphase kann die örtliche Presse an der Gestaltung lokaler Programme beteiligt werden. Die Ergebnisse der Versuche müssen in eine grundsätzliche Diskussion über die gesellschaftlichen Chancen und Risiken vervielfältigter Informationsquellen eingebracht werden. Erst danach können Entscheidungen über die Einführung der neuen Medien getroffen werden.

Freiheit von Funk und Fernsehen

Die Organisationsform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks hat sich bewährt und darf nicht ange-tastet werden. Die Rundfunkfreiheit darf keines-falls kommerziellen Interessen ausgeliefert werden. Rundfunk muß vielmehr auch künftig der Kontrolle der gesellschaftlichen Kräfte unterlie-

gen. Informationen sind keine Ware. Angesichts der Konzentration auf dem Pressemarkt wäre es eine schwere Gefahr für die Informationsfreiheit, wenn die meinungsbildende Macht weniger Großverlage noch durch Sendelizenzen vergrößert würde.

Unabhängigkeit und Qualität von Funk und Fernsehen müssen gestärkt werden gegenüber den ständigen Versuchen der CDU und anderer konservativer Kreise, kritisch-informative Funk- und Fernsehsendungen zurückzudrängen.

Funk und Fernsehen sollten noch mehr auf die Probleme der arbeitenden Menschen und der Verbraucher eingehen. Wir werden uns dafür einsetzen, daß das Fernsehen auch auf Schichtarbeiter Rücksicht nimmt. Die regionale Berichterstattung in Funk und Fernsehen sollte ausgeweitet werden.

Neue Medien

Neue Technologien können das Informations- und Kommunikationswesen und damit die gesellschaftlichen Voraussetzungen unserer Demokratie verändern. Vor ihrer Einführung müssen sie deshalb gründlich erprobt werden. Zugleich werden wir Sozialdemokraten eine grundsätzliche Diskussion über die gesellschaftlichen Chancen und Risiken der neuen Kommunikationstechniken in Gang setzen. Dabei müssen die Auswirkungen auf den einzelnen, auf Familie und Arbeitsleben im Vordergrund stehen. Die bisherige Fachdiskussion muß zu einer öffentlichen politischen Diskussion mit dem Bürger erweitert werden. Neue Kommunikationsformen sind nicht zuerst Wirtschafts- und Technologiepolitik; hier ist Medienpolitik zuallererst Demokratiepoltik.

Die neuen elektronischen Medien müssen unter öffentlich-rechtlicher Kontrolle stehen. Wir Sozialdemokraten treten für den Ausschluß jeder Kommerzialisierung und Werbung ein.

Alle Versuche müssen so angelegt werden, daß eine politische Entscheidung darüber, ob die neuen Medien – Kabelfernsehen, Bildschirmtext, Videotext – auch tatsächlich eingeführt werden, offenbleibt.

In verschiedenen Bundesländern werden alternative Organisationsformen für die neuen Medien erprobt. Jedenfalls bis zum Abschluß dieser Versuche darf die bisherige Rundfunkordnung nicht angetastet werden. Alle Projekte müssen auch neue Formen bürgernaher Mitwirkung und Mitbestimmung verwirklichen. Die Presse ist auf der Grundlage des geltenden Rechts zu beteiligen.

Projekte mit neuen elektronischen Medien in Nordrhein-Westfalen sollen folgende Ziele haben:

- mehr Chancengleichheit der sozialen Gruppen bei der Information;
- mehr Teilhabe des Bürgers am Programm;
- Hilfe für soziale Randgruppen;
- größere Transparenz politischer und administrativer Strukturen und Entscheidungen;
- mehr inhaltliche Vielfalt, mehr Information.

Alle Versuche mit neuen Medien müssen wissenschaftlich begleitet werden. Dabei ist vor allem darauf zu achten, daß die Auswirkungen auf den einzelnen, auf Familie und Gesellschaft untersucht werden.

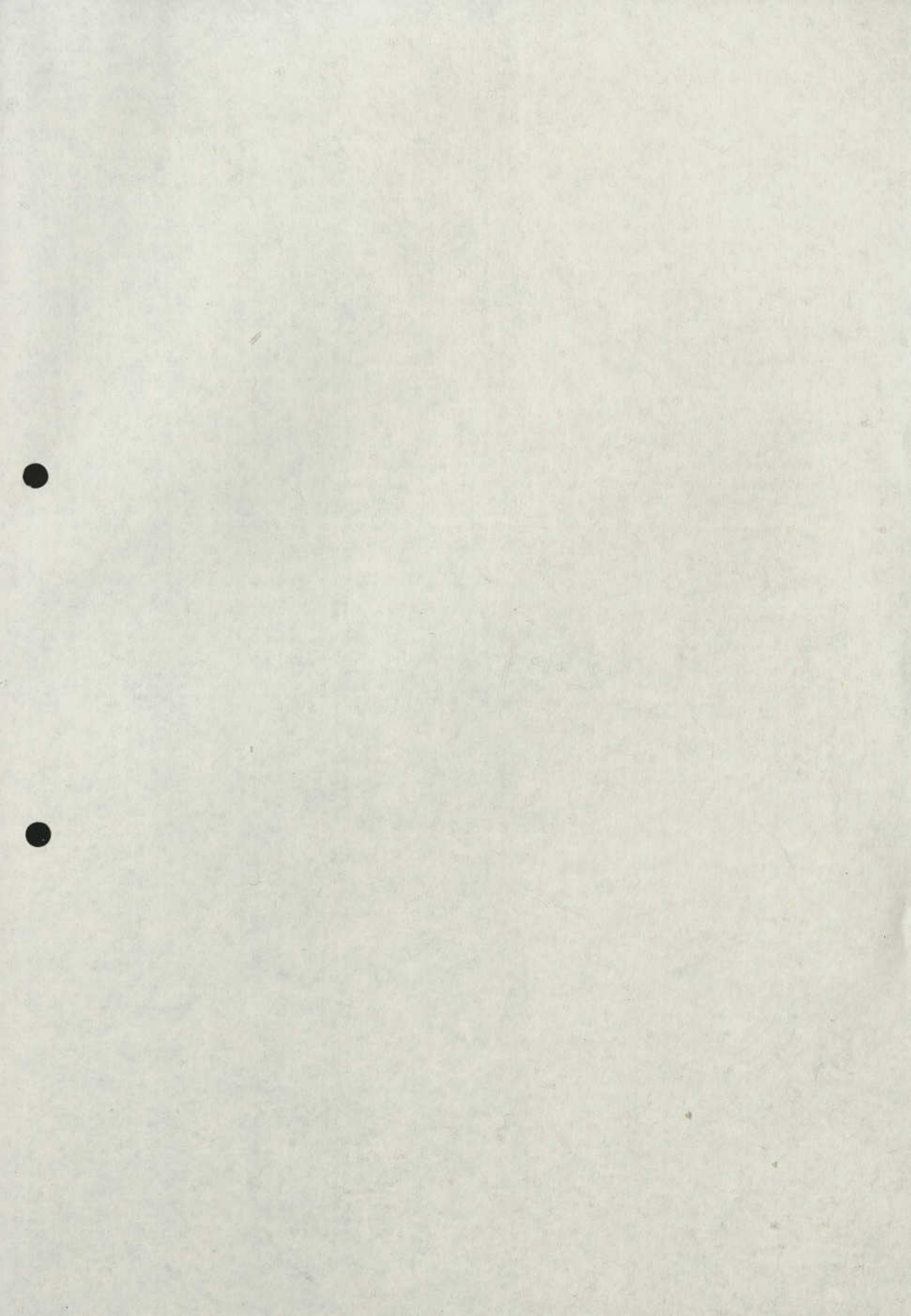
Journalistische Unabhängigkeit und Mitbestimmung

Pressefreiheit darf nicht bloße Verlegerfreiheit sein. Wir Sozialdemokraten wollen die innere Pressefreiheit durchsetzen und die Unabhängigkeit der Redaktionen gegen Eingriffe sichern, die dieser Unabhängigkeit aus wirtschaftlichen und privaten Interessen drohen. Wir Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen werden alle Bemühungen unterstützen, die die Abschaffung des Tendenzschutzes und die Ausdehnung der Mitbestimmung auf Presseunternehmen zum Ziel haben.

Wir werden uns dafür einsetzen, daß die publizistische Vielfalt erhalten bleibt. Bei einer möglichen Einführung neuer elektronischer Medien in Nordrhein-Westfalen werden wir darauf achten, daß dies nicht zu einer weiteren Pressekonzentration, insbesondere im lokalen Bereich führt.

Die Journalisten in Presse, Funk und Fernsehen können ihre verantwortungsvolle Aufgabe nur dann erfüllen, wenn eine qualifizierte Ausbildung und Fortbildung sie auf ihren Beruf vorbereitet. Nordrhein-Westfalen hat als erstes Land der Bundesrepublik seit dem Wintersemester 1975/76 in einem Modellversuch in Dortmund einen Studiengang Journalistik angeboten, der theoretische und praktische Ausbildung verbindet. Die SPD wird ein langfristiges Aus- und Fortbildungskonzept für Journalisten vorschlagen und dabei mit den Journalistenorganisationen zusammenarbeiten.

Wir Sozialdemokraten werden uns für eine gleichwertige Altersversorgung der Journalisten in Rundfunk und Presse einsetzen, um die Mobilität der Journalisten zu sichern. Wir schlagen dazu ein Gemeinschaftswerk vor, das von Rundfunkanstalten und Verlegerverbänden gegründet werden sollte.



**Diese Broschüre
erscheint in
der Reihe**

1. Wirtschaft – Arbeit

- 1.1 Wirtschaftspolitik
- 1.2 Arbeitsmarktpolitik
- 1.3 Humanisierung der Arbeitswelt
- 1.4 Selbständigenpolitik
- 1.5 Energiepolitik
- 1.6 Agrarpolitik und Forstwirtschaft
- 1.7 Verbraucherpolitik
- 1.8 Technologiepolitik
- 1.9 Verkehrspolitik

2. Umwelt

- 2.1 Umweltschutz
- 2.2 Umwelt/Chemikalien- und Gift-
schutz
- 2.3 Umwelt/Wasserwirtschaft und
Abfallwirtschaft
- 2.4 Umwelt/Luftreinhaltung
- 2.5 Umwelt/Lärmschutz
- 2.6 Umwelt/Landschaftspflege
- 2.7 Gesundheitspolitik

3. Familie und Gesellschaft

- 3.1 Familienpolitik
- 3.2 Frauenpolitik
- 3.3 Jugendpolitik
- 3.4 Altenpolitik
- 3.5 Behindertenpolitik
- 3.6 Kinderfreundlichkeit
- 3.7 Ausländerpolitik
- 3.8 Sozialpolitik

4. Wohnen und Freizeit

- 4.1 Wohnungsbaupolitik
- 4.2 Wohnumfeldverbesserung
- 4.3 Sport
- 4.4 Kulturpolitik
- 4.5 Freizeit

5. Bildung und Erziehung

- 5.1 Schulpolitik
- 5.2 Hochschulpolitik
- 5.3 Forschungspolitik
- 5.4 Weiterbildung
- 5.5 Berufliche Bildung
- 5.6 Medienpolitik

**6. Der Staat im Dienste seiner
Bürger**

- 6.1 Justizpolitik
- 6.2 Innere Sicherheit
- 6.3 Datenschutz
- 6.4 Bürokratie und Bürgerverant-
lichkeit
- 6.5 Gemeindefreundliches Land
- 6.6 Die Finanzen müssen stimmen